

Evaluationsbericht von Willy Spieler über das „Open Forum Davos 2005“

Mit 2'330 Personen, die den acht „Panels“ des Open Forum (OF) vom 27. bis 30. Januar folgten, seien die Erwartungen der Trägerorganisationen „mehr als erfüllt worden“, schreibt der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) in einem Communiqué vom 30.01.05. Dem kann ich in quantitativer Hinsicht nicht widersprechen. Aber das Communiqué attestiert dem OF darüber hinaus, es sei eine „bedeutende Plattform der Auseinandersetzung“ gewesen. Ja, es sei „gelingen, wichtige Aspekte der komplexen Frage ‚Wann ist wirtschaftliches Handeln ethisch?‘ im kritischen Dialog mit der Öffentlichkeit zu diskutieren“, wird Thomas Wipf, der Präsident des SEK, zitiert. Dieser positiven Einschätzung vermag ich nicht zu folgen. Ich habe am OF weder einen echten Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft noch eine fundierte wirtschafts- und unternehmensethische Fragestellung wahrnehmen können. Dass der SEK in seinem Communiqué völlig unkritisch das Gegenteil behauptet, ist für jemanden, der alle Veranstaltungen besucht und für sich protokolliert¹ hat, unbegreiflich, aber vielleicht auch nicht ganz untypisch.

Es gibt eine Reihe von Kriterien, nach denen sich Sinn und Erfolg einer solchen Veranstaltung beurteilen lassen. Sie alle führen zu keinem anderen Ergebnis. Ich gehe sie der Reihe nach durch:

1. Austausch der „Botschaften“
 - 1.1. Position der Kirche
 - 1.2. Sozialethische Grundlagen
 - 1.3. „Moderation“ als Alternative?
2. Dialogizität
3. Gesprächsthemen und Gesprächsleitung
4. Legitimation und „Profit“

In einem zweiten Teil möchte ich die Voraussetzungen formulieren, unter denen ein OF in Zukunft sinnvoll und ethisch gerechtfertigt sein könnte.

I. Teil: Kritik des Open Forum Davos 2005

1. Austausch der „Botschaften“

1.1. Position der Kirche

Voraussetzung eines Dialogs ist die Darlegung der eigenen *Botschaften bzw. Standpunkte*. Die auf den Podien versammelten *CEOs und Bundesräte* hatten damit keine Mühe. Markt, Demokratie, Rechtsstaat, insbesondere die Festschreibung der Eigentumsrechte, stehen im Zentrum der (neo)liberalen Botschaft, wie sie immer wieder und fast schon katechismusartig herüberkommt. Die Protagonisten dieser Botschaft „bekennen“ sich auch in der Aussenwirtschaftspolitik zur „Liberalisierung“ bis hin zum Abbau der Agrarsubventionen und der Schutzzölle. Insofern ist ihr Auftritt kohärent.

Schwieriger wird die Positionierung, wenn es um Menschenrechte, aber auch um die Einhaltung sozialer und ökologischer Auflagen gehen sollte. Da zeigen sich

¹ Vgl. W. Spieler, „Wann ist wirtschaftliches Handeln ethisch?“. Beobachtungen und Kommentare zu den acht Veranstaltungen (des Open Forum Davos 2005 vom 27. bis 30. Januar). Als Manuskript erhältlich beim Verfasser.

schon am ersten Panel die beiden Dilemmata des Gary Steel von ABB: Transnationale Unternehmen müssten nun mal in „mensenrechtliche Problemgebiete“ gehen, vom Sudan bis China. „Wenn wir nicht hingehen, dann tun das die andern.“ Das zweite Dilemma wendet einen angeblichen Sachzwang ins Humanitäre: „Wenn wir keinen Profit machen, dann sind wir nicht im Geschäft, wenn wir nicht im Geschäft sind, können wir nicht helfen.“ Die Vorstellung, dass die Rule of Law auch für sie wie für die ganze Völkergemeinschaft gelten müsste, fällt den in einem rechtlichen Vakuum operierenden Weltkonzernen schwer. Sie appellieren lieber an die Freiwilligkeit, die sie moralisch interpretieren, oder an die Moral, die sie zur Sache der Freiwilligkeit erklären.

Während das wirtschaftsliberale Credo von allem Anfang an allgegenwärtig ist, bleibt die wirtschaftsethische Botschaft der *Kirche* verhalten. SEK und Brot für alle (BFA) als kirchliche Trägerorganisationen haben es versäumt, sich als Dialogpartner des WEF zu positionieren. Dass es eine *globalisierungskritische Erklärung des Reformierten Weltbundes* (RWB) gibt, die auch von den Delegierten des SEK im letzten Sommer in Accra verabschiedet wurde, ist den wenigsten Teilnehmer/innen am OF bewusst. Die Accra-Erklärung liegt zwar in unansehnlichen Fotokopien auf dem Büchertisch, aber auf den Podien spielt sie nur zweimal eine – leider untergeordnete – Rolle. SEK und BFA halten es nicht nötig, sich von allem Anfang an hinter diese „Glaubensverpflichtung“ von Accra zu stellen und den Teilnehmenden bewusst zu machen, dass Wirtschaftsgespräche für die Kirche immer auch Glaubensgespräche sind und sein müssen.

Einzig der Generalsekretär des RWB, *Setri Nyomi*, hat am 6. Panel über die Schweiz versucht, das „ungerechte System“ als solches zu thematisieren. Es führe, sagte er, zu grösserer Armut in Afrika und Lateinamerika. Nyomi beklagte auch die Vorherrschaft von Gier und Selbstsucht, die sich auf eine liberale Doktrin stützten. Aber einmal davon abgesehen, dass von „Accra“ überhaupt erst am 6. Panel die Rede war, blieb den Anwesenden der Stellenwert dieses ebenso revolutionären wie spirituellen Wortes fremd. Es hätte dazu eines eigenen Podiums bedurft, mit Nyomi im Zentrum (statt linksausen), mit Theologen von Rang und Engagement eines Ulrich Duchrow, einer Bischöfin Wartenberg-Potter und CEOs bzw. Politikerinnen, die bereit und in der Lage gewesen wären, sich mit dieser Erklärung auseinanderzusetzen. Stattdessen konnte Peter Brabeck von Nestlé dem Generalsekretär des RWB die Worte im Mund verdrehen, als hätte dieser sich gegen eine marktwirtschaftliche Ordnung überhaupt – und nicht gegen die neoliberale Ideologie – ausgesprochen. Und niemand war da, der das „Missverständnis“ richtig stellte. Da hat selbst der Gesprächsleiter Roger de Weck kläglich versagt.

Dass „Accra“ dem SEK im Grunde nur peinlich ist, vor allem, wenn „man“ sich mit den ganz Grossen der Weltwirtschaft trifft, zeigte sich auch auf dem letzten Podium, als *Christoph Stückelberger* von Urs Leuthard nach der Systemkritik in dieser Erklärung des RWB befragt wurde (sich von ihm wohl auch gezielt dazu befragen liess). Statt das Publikum die prophetische Kraft des Wortes von „Accra“ spüren zu lassen, wiegelte Stückelberger ab: Die Schärfe der Kritik sei von den Kirchen des Südens verlangt worden. Und ja: „Der RWB hat scharfe Worte formuliert, aber die Wirklichkeit hat verschiedene Seiten.“ Was „Accra“ anklage, fuhr Stückelberger (deskriptiv und distanziert) fort, seien „Sachzwänge“, die Unternehmungen daran hinderten, die ethischen Werte umzusetzen. Es gebe den „Terrorismus der Börse“, der zur Gewinnmaximierung zwingt und so die Freiheit der Unternehmungen einschränke. „Accra“ wolle eine Alternative. Welche, sagte Stückelberger nicht. Und niemand fragte ihn danach! Warum diese „Sachzwänge“ die „Integrität des Evangeliums“ bedrohen und unser Christsein in Frage stellen,

hörten wir nicht. So fehlte dem Votum die theologische Deutlichkeit und erst recht die prophetische Schärfe, die von „Accra“ ausgehen müsste.

Engagiert und mit Überzeugung hat *Bärbel Wartenberg-Potter* auf dem Podium über die USA den Fundamentalismus der US-Administration als „häretisch“ angeklagt. Aber auch dieses Votum verhallte ins Leere. Die kirchlichen Trägerorganisationen des OF hätten es in der Hand gehabt, sich hinter diese Kritik zu stellen und der Bischöfin das Gewicht zu geben, das ihr zukommt. Stattdessen hat man sie mit drei männlichen Verteidigern des Irakkriegs aus dem politischen US-Establishment konfrontiert, die es nicht für nötig hielten, auf die Bischöfin auch nur mit einem Wort einzugehen.

Während „Accra“ wenigstens am Rande erwähnt wurde, kam das (ökumenische) „*Wort der Kirchen*“ in der Schweiz vom 1. September 2001 in den Voten der Kirchenvertreter am OF überhaupt nicht vor. So haben SEK und BFA es versäumt, die 0,7 Prozent des BSP für die Entwicklungszusammenarbeit als kirchliche Forderung darzustellen. Einzig Heiner Studer hat als BFA-Vertreter den Abstand der Schweiz von dieser Forderung beklagt.

Darüber hinaus verlangt das „Wort der Kirchen“ die „Tobin-Tax“ im Sinne einer „globalen Steuer auf Devisentransaktionen“, um die internationalen Finanzflüsse zu regulieren, die sonst „ganze Volkswirtschaften aus dem Gleichgewicht“ bringen. Was sollen solche Erklärungen, wenn sie von den Kirchenleitungen, die sie verabschiedet haben, nicht ernst genommen werden? Dabei hätten Jacques Chirac und insbesondere Gerhard Schröder durch ihre Reden an das WEF auch den OF-Verantwortlichen für die vertiefte Erörterung der Tobin-Tax einen Steilpass geliefert.

Die reformierte Kirche Schweiz hat nicht nur die eigene Position verleugnet, so sie eine hat, sie hat auch nichts unternommen, um die „Schreie der Armen und das Stöhnen der Schöpfung“ (Accra-Erklärung, Nr. 28) zum zentralen Thema des OF zu machen.

1.2. Sozialethische Grundlagen

Die einfachen Wahrheiten, dass es ein Gemeinwohl gibt, das dem Markt übergeordnet ist, dass der Mensch im Mittelpunkt auch der Wirtschaft steht und dass die Arbeit den Vorrang hat vor dem Kapital, wurden von der kirchlichen Seite der OF-Trägerschaft nicht wirklich reflektiert und in die Diskussion eingebracht.

Das Transparent „*Wirtschaft muss Menschen dienen*“ hing zwar auch im Saal des OF. Es zeigt ein Bild aus der Kirche Waltensburg (GR), auf dem Jesus dem Petrus die Füße wäscht. Doch niemand fühlte sich dadurch povoziert. Mit der neoliberalen Brille vor den Augen dient Profitmaximierung einer starken Wirtschaft und diese wiederum dem Gemeinwohl. Je mehr Markt, desto mehr Gemeinwohl. Was als christliche Herausforderung gedacht war, erwies sich in der Rezeption durch alle und jeden als *Leerformel*. Auftrag der Kirche wäre es, die Menschen, also auch die Manager/innen, sozialethisch zu alphabetisieren, damit die neoliberale Marktgläubigkeit sich nicht länger ein christliches Deckmäntelchen umhängen darf. Kirche müsste darauf insistieren, dass der Markt nicht an sich gerecht ist, sondern dass seine Ergebnisse nach den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit und natürlich auch der Nachhaltigkeit zu prüfen und zu korrigieren sind. Soziale und ökologische Marktwirtschaft weltweit – das wäre der Anspruch, der am OF auch nicht ansatzweise debattiert wurde.

In der Sozial- und Wirtschaftsethik ist auch die *Unternehmensethik* immer wichtiger geworden. Das erste wie das letzte Panel standen denn auch unter einer unternehmensethischen Fragestellung. Aber erst an der letzten Veranstaltung sagte Stückelberger endlich das, was an den Anfang des OF gehört hätte: „Gewinn ist

wichtig, aber wie entsteht er und wofür wird er eingesetzt? Es gilt der Grundsatz: „First justice and then charity.“

„Macht sich die Beachtung der Menschenrechte bezahlt?“ hiess das erste Thema, eigentlich ein seltsamer und schon im Ansatz fragwürdiger Titel. Überhaupt hätte sich vor den Veranstaltungen des Open Forum ein Blick in die „Integrative Wirtschaftsethik“ von Peter Ulrich gelohnt. Dort befasst dieser sich im 10. Kapitel mit vier verschiedenen Arten von „Unternehmensethik“. Eine, die nur nach dem gewinnbringenden Nutzen von Ethik fragt, diese also nur als „Rentabilitätsfaktor“ gelten lässt, nennt Ulrich „*instrumentalistisch*“. Das kann auch nicht die Ethik sein, die von kirchlicher Seite unterstützt werden dürfte. Nicht viel anders steht es um die „*karitative Unternehmensethik*“, die Uwe Doerker von der internationalen Expresssendungsfirma DHL am Tsunami-Panel vertreten hat, als er meinte, wirtschaftliches Handeln sei ethisch, wenn die Unternehmungen karitativ tätig seien. Doch eine „Unternehmensethik“, die erst dann einsetzt, wenn die ethisch relevanten Fragen aufhören, reduziert sich auf eine reine „Spendenethik“. Eine echte Unternehmensethik kommt nicht erst „post festum“ zum Zug, sondern sie fragt von allem Anfang an, wer was wie und für wen produziert. Es ist mir unbegreiflich, warum die kirchliche Seite den unternehmensethischen Diskurs weitgehend sich selbst überliess, ohne klärend einzugreifen.

Nicht anders verhielt es sich mit den *Menschenrechtsfragen*, die ebenfalls an der ersten Veranstaltung thematisiert wurden. Das Podium schwadronierte über die Freiwilligkeit der (sich allenfalls bezahlt machenden) Menschenrechte, ohne sich im geringsten um eine präzise Begrifflichkeit zu bemühen. Zunächst einmal fiel auf, dass die Menschenrechte nicht einmal inhaltlich thematisiert wurden. Gehören die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit auch dazu? Schon gar nichts wurde zum Rechtscharakter der Menschenrechte gesagt. Gibt es Rechte ohne „die Befugnis zu zwingen“ (Kant)? Und wer ist Adressat der Menschenrechte? Bislang war es der Staat (von der rechtstheoretisch umstrittenen Horizontal- oder Drittwirkung abgesehen). Können einzelne Private, auch einzelne Privatunternehmungen, und seien sie noch so gross, Adressaten von Menschenrechtsansprüchen sein? Die Frage stellt sich neu, wenn Staatsversagen dazu führt, dass die Durchsetzung der Menschenrechte an Multis delegiert wird. Aber können sie Menschenrechte durchsetzen, ohne Träger von politischer Autorität zu sein? Oder sollen sie die Menschenrechte im eigenen Bereich beachten, z.B. Abstand nehmen von Kinderarbeit, von Repression gegenüber Gewerkschaftern und Umweltschützerinnen, auch wenn kein Staat da ist, der sie dazu zwingt? Fragen über Fragen, die ungeklärt blieben, womit der ganzen Diskussion etwas Verworrenes anhaftete.

Es wurde nur noch diskutiert, ob Menschenrechte der „*Freiwilligkeit*“ anheimgestellt werden dürften. Tatsächlich gibt es für diese freiwillige Selbstverpflichtung den Global Compact der UNO, dem sich inzwischen 1000 Unternehmungen angeschlossen haben. Er sei „gegen strenge Regeln und für Freiwilligkeit“, meinte Gary Steel, oberster Personalchef von ABB, was die Generalsekretärin von Amnesty International zur Gegenfrage veranlasste, ob denn die Achtung der Menschenwürde „dem Markt überlassen“ werden dürfe. Ich fühlte mich zurückversetzt in die Zeit vor der bürgerlichen Revolution, als der König von Frankreich belehrt werden musste: „La liberté, Sire, n'est pas un privilège, c'est und droit.“ Auch zu dieser Diskussion wäre ein sozialetisches Vor-Wort am Platz und hilfreich gewesen.

Zur Sozialetik hätten auch die *Genderaspekte* gehört. Diese wurden nirgendwo systematisch untersucht. Wenn überhaupt, ergaben sie sich „spontan“,

vor allem im Zusammenhang mit den Mikrokrediten und der höheren Kreditwürdigkeit der Frauen. Schon gar nicht wurden sie bei der Zusammensetzung der Podien beachtet. Immerhin gehört der Stellenwert der „Geschlechtergleichheit“ zum Aktionsplan von Accra...

1.3. „Moderation“ als Alternative?

Die Kirche Schweiz hat am OF *keinen Standpunkt* bezogen, sondern eine *Moderatorenrolle* übernommen und sie gleich wieder an professionelle Moderator/innen delegiert. Das ist ein Armutzeugnis. Wenn z.B. ein grosser Medienkonzern wie TA Medien mit dem WEF ein Open Forum veranstalten würde, sähen die Podien kaum anders aus. Es kämen nur nicht die Leute, die meinen, sich auf die Glaubwürdigkeit der Kirche als Mitveranstalterin verlassen zu dürfen.

Vor Tische las man's anders. „Ob Wirtschaft ethisch ist, misst sich daran, ob sie den Menschen, vor allem den Schwächeren dient oder ob sie Instrument der Machtausübung und Profitmaximierung durch wenige ist“, sagte Thomas Wipf in seiner Eröffnungsansprache. Motivation von SEK und BFA für das OF sei das *Ziel einer menschenwürdig gestalteten Wirtschaft und Politik*. Aber da war keine Kirche, die während der Gespräche ein sozialetisches „Controlling“ auch nur ansatzweise versucht hätte. André Schneider dagegen sprach nur von einem Brückenschlag zwischen dem WEF und der Bevölkerung, um auch auf die „Schattenseiten der Globalisierung“ einzugehen – von der Kirche als Dialogpartnerin sagte er nichts.

Stükelberger hatte zuvor schon das OF als Teil einer *Gesamtstrategie von BFA* vorgestellt, um „das Verhalten von (besonders international tätigen) Unternehmen in Richtung sozialer, ökologischer und entwicklungspolitischer Verantwortung ... zu beeinflussen“. Die Frage könne daher nur heissen: Gelingt es dem OF im Rahmen dieser „Gesamtstrategie“ eine Gelegenheit zu schaffen, „mit internationalen Spitzenvertretern, zu denen BFA allein sonst den Zugang nur schwer hätte, in eine Auseinandersetzung zu treten: mit CEO's von international tätigen Firmen, UNO-Organisationen wie der ILO und mit Regierungsvertretern aus Süd und Nord“?² Von einer derartigen „Auseinandersetzung“ am OF keine Spur. Wenn es sie gab, dann hinter den Kulissen, nicht im „kritischen Dialog“ mit der Öffentlichkeit. Aber dazu braucht es kein OF.

Auch nach Tisch hörte sich die Rolle der Kirche nochmals anders an. Wipf sagte in seinem Schlusswort: „Einander zuhören ist kein Verrat an der eigenen Überzeugung, aber der Anfang, die Probleme zu lösen.“ Die Umsetzung gehe weiter. Die Kirche sei im Einsatz für eine Welt, in der alle „an der Fülle des Lebens teilhaben“. Nur war davon am OF herzlich wenig zu spüren. Die Kirche hat weder eine „Überzeugung“ vertreten, noch hörte sie zu, weil sie gar nicht *als Institution oder als Gemeinschaft* präsent war. Es blieb bei den – für die meisten nichtssagenden – Transparenten, die im Saal oder an den Kirchtürmen hingen.

Auch die eigenen (undatierten) *Evaluationskriterien des SEK* weisen auf eine andere Rolle der Kirche am OF hin. Erwartet werden hier eine „fundierte Artikulation von wirtschaftsethischen Werten der evangelischen Theologie und Ethik in der Öffentlichkeit“, ja „konkrete wirtschaftsethische Handlungsempfehlungen“ und sogar eine „substantielle Auseinandersetzung mit Kernaussagen ... der Beschlüsse der 24. RWB Generalversammlung in Accra“. Gemessen an diesen Erwartungen und Kriterien müsste weniger am guten Willen der kirchlichen Veranstalter gezweifelt werden als an ihrer Professionalität. Es tönt nach Durchhalteparole, wenn nun das OF vom SEK als eine „bedeutende Plattform der Auseinandersetzung“ gerühmt wird.

² Dialog als Teil einer Gesamtstrategie, in: NW 12/04, S. 363f.

Natürlich könnte die Kirche eine Rolle als „Moderatorin“ übernehmen. Nur müsste sie diese Rolle klar deklarieren und – im Widerspruch zu „Accra“ – auch begründen. Statt dessen zog sie sich auf eine undefinierte Rolle des Sowohl-als-Auch zurück. Mitunter war nicht einmal klar, dass sie überhaupt eine Rolle spielte. Bei der Diskussion über die Macht von Aktionär/innen und Konsument/innen fiel im Publikum die Bemerkung, die Teilnehmenden wüssten offenbar gar nicht, dass die Kirche hinter dieser Veranstaltung stehe. Das Thema hätte ja auch die Möglichkeit geboten, die Geldanlagen der Kirchen ethisch zu beurteilen...

2. Dialogizität

Die Frage nach der Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft stellte sich vor allem bei den *kontroversen Panels*. Sie sind allesamt misslungen, weil es an eben dieser Dialogizität fehlte. Gelungen sind dagegen die nicht kontrovers angelegten Podien, die eher „*Informationsveranstaltungen*“ waren, streckenweise sogar „Kundgebungen“ glichen. Ich zähle dazu die Panels über Kinderrechte („Braucht es eine Revolution für Kinder?“), Mikrokredite („Unternehmertum: Der Schlüssel zur Entwicklung?“) und allenfalls noch Verbraucher/innen-Macht („Aktionäre und Konsument/innen: Welche Macht haben sie wirklich?“). Hier haben sich die Teilnehmenden auf dem Podium in erster Linie ergänzt.

Anders verhielt es sich dort, wo der *Dialog* für Sinn und Erfolg des OF entscheidend gewesen wäre. Auch wenn keine allzu offene Gesprächsverweigerung feststellbar war, so gab es doch jede Menge subtilere Formen, um dem Dialog auszuweichen. Man ging nicht wirklich auf die andere Seite ein, sondern immunisierte sich gegen ihre Kritik oder holte zur polemischen Gegenattacke aus. Ich habe am OF insgesamt *neun „Idealtypen“ von Scheindialogen* analysiert:

Am ersten Podium „Macht sich die Beachtung der Menschenrechte bezahlt?“ wurde Lord Browne of Madingley, der Konzernleiter von BP, gefragt, was er von der Nomination seines Unternehmens für den Public Eye Award in der Kategorie Arbeitsrechte halte. „Stimmt alles nicht“, lautet die Antwort. (Mit der Nomination sollte BP aufgefordert werden, beim Bau der Pipeline von Baku nach Tblishi und Ceyhan das internationale Arbeitsrecht zu befolgen, statt es in einem Vertrag mit den Regierungen von Aserbaidschan, Georgien und der Türkei wegzubedingen.) Als der BP-CEO merkte, dass die *blosse Leugnung* solcher Machenschaften nicht verfinstert, relativierte er die *Fakten zu Meinungen*. Das hiess nun: „Alle haben das Recht, zu prüfen, was BP tut, aber es gibt halt unterschiedliche Blickwinkel.“ Fakten müssen so gar nicht mehr geprüft werden, es genügt, die Meinungsfreiheit zu „respektieren“.

Leugnen ist eine Form der Dialogverweigerung, Fakten zu Meinungen zu machen eine andere. Als dritte Form der Dialogverweigerung machte Lord Browne den Auftakt zu der am Open Forum meistgehörten Antwort oder Ausflucht: *Wir alle machen Fehler*. Nobody is perfect. „Natürlich macht BP Fehler – wie alle anderen auch.“ So werden eigene Unzulänglichkeiten ohne weitere Präzisierung eingeräumt – und scheinbar unangreifbar dem Menschlich-Allzumenschlichen zugeordnet. Was bescheiden daherkommt, erweist sich als eine besonders raffinierte Variante von Überheblichkeit.

„Auch wir machen Fehler“, bekannte auf demselben Podium Gary Steel, der oberste Personalchef von ABB. Welche Fehler, sagte er nicht. Aber er formulierte die beiden schon erwähnten „*Dilemmata*“ als eine vierte Variante des Scheindialogs: Transnationale Unternehmen müssten nun mal in „menschenrechtliche Problemgebiete“ gehen, vom Sudan bis China. „Wenn wir nicht hingehen, dann tun das die andern.“ Was freilich die tun, die hingehen, ist damit noch lange nicht

beantwortet. Das zweite Dilemma lautet ebenso deterministisch wie humanitär: „Wenn wir keinen Profit machen, dann sind wir nicht im Geschäft, wenn wir nicht im Geschäft sind, können wir nicht helfen.“ Auf die Frage, warum ABB mit dem Bau des Merowe-Staudamms im Sudan eine ganze Bevölkerung vertreibe, antwortete Steel: „Da haben Sie mehr Informationen als ich selbst. Aber immerhin bringen wir den Leuten Strom. Es ist eine langfristige Frage, wie wir das Gute bewirken. Weitere Details können wir hier nicht diskutieren.“

Im *Vertrösten auf die gute Zukunft*, dieser fünften Ausweichvariante, waren Gary Steel und der CEO von BP unübertrefflich. Natürlich seien „Menschenrechte wichtig“, sagte Lord Browne. BP wolle auch „nicht nur den Gewinn betrachten“, aber die Multis seien überfordert, wenn sie die Menschenrechte von heute auf morgen durchsetzen müssten. Dass es dabei nicht um heute oder morgen geht, sondern um Leben und Tod, sagte er nicht. Die wirtschaftliche Entwicklung werde die Menschenrechte von selbst voranbringen. Ohne solchen „Optimismus“ könne „die Wirtschaft“ nicht leben. „Das Beste steht uns noch bevor.“ Das Prinzip Hoffnung wird neoliberal.

Allerdings können die Unternehmungen ihre Wohltaten nicht nur rühmen, sondern auch als Drohung einsetzen. So meinte der BP-Lord, man solle die Konzerne nicht dafür schelten, dass sie Gewinn machen. Er sagt es auf die Frage, warum die Armen arm bleiben und die Reichen reicher werden. In Grossbritannien komme schliesslich jedes 6. Pfund im Rentenfonds von BP. Diese sechste Form der Dialogverweigerung nenne ich das „*Geiselargument*“.

Es war, als ob die CEOs einem einheitlichen Briefing folgten, wie mit unbequemen Fragen umzugehen sei. „Alle machen Fehler“, hörten wir später wieder am Panel „Sind die USA auf dem richtigen Weg?“ Der republikanische Kongressabgeordnete James A. Leach gab damit seine einzige Antwort auf die Frage nach dem Folterskandal von Abu Ghraib. Auch das Geiselargument war an diesem Podium zu vernehmen. Ein ehemaliger Berater der Bush-Administration erwartete mehr Respekt gegenüber der US-Regierung, schliesslich seien die USA die „wichtigste Wachstumsmaschine für Europa“.

Die Bundesräte Couchepin und Deiss beherrschen noch eine siebte Form der Dialogverweigerung: Sie sagen nichts Falsches, aber sind Meister im *Verschweigen der ganzen Wahrheit*. Pascal Couchepin wurde gefragt, warum sich die Schweiz nicht für Sozial- und Umweltklauseln in der WTO einsetze. Seine Antwort: „Man kann nicht alle Probleme auf einen Schlag lösen“ – als ob es bislang nur an der Zeit und nicht am politischen Willen gefehlt hätte. Zuständig für das Soziale, so Couchepin weiter, sei die ILO – als ob die Internationale Arbeitsorganisation gleich harte Normen erlassen könnte wie die WTO. Ob die Schweiz „vom Musterland zum Durchschnittsstaat“ mutiere, lautete die Titelfrage für dieses Podium. Steht das Bankgeheimnis etwa für das Musterland? Couchepin griff zum Geiselargument: Der Finanzplatz macht 8 % der Beschäftigten aus, generiert 12 % des BSP und 20 % der Steuern. Ethik hat hier einen schweren, wenn überhaupt einen Stand.

Joseph Deiss steht seinem Kollegen in nichts nach. Auf die Frage, ob er verbindliche UNO-Normen für verantwortliches Wirtschaften unterstütze, meinte der Wirtschaftsminister: Ja, er unterstütze den Global Compact der UNO zur Förderung verantwortlichen Handelns – dem Verbindlichkeit und Kontrolle doch gerade fehlen. Und die von der Menschenrechtskommission entwickelten UNO-Normen für Unternehmensverantwortung? Ihre Verbindlichkeit hänge nicht nur von der Schweiz ab, sagt Deiss. Aber dass die Schweiz sich aktiv für diese Verbindlichkeit einsetzen wolle, sagt der Virtuose der diplomatischen Sprache nicht.

Auf die Frage, was er von Grosskonzernen halte, die trotz Milliardengewinnen Tausende von Arbeitsplätzen abbauten, wich der Wirtschaftsminister aus: Es sei besser, Arbeitsplätze rechtzeitig abzubauen, als eine Firma zugrunde gehen zu lassen. Er erwähnte als negatives Beispiel die Swissair. Was aber, wenn Arbeitsplätze nur abgebaut werden, um die Eigenkapitalrendite auf 15 und mehr Prozent zu steigern, obschon auch 8 Prozent mehr als genug wären? Das wäre doch die Frage gewesen.

Alle diese klammheimlichen Dialogverweigerer in den Schatten stellte Nestlé-Chef Peter Brabeck. Seine – die nach meiner Aufzählung achte – Form der Dialogverweigerung, bestand darin, dem Kritiker *das Wort im Mund umzudrehen*. Es war nicht irgendein Kritiker, dem das widerfuhr, sondern der Generalsekretär des RWB, Setri Nyomi. Dessen – auf die Accra-Erklärung gestützte – Globalisierungskritik wurde von Brabeck „abgeputzt“, als hätte es sich um einen plakativen Rundumschlag gegen die Marktwirtschaft überhaupt gehandelt und nicht um eine durch und durch berechtigte Kritik an der neoliberalen „Marktwirtschaft ohne Adjektive“.

Es ist Brabeck auch gelungen, Kritik an Nestlé in ein dickes Selbstlob umzumünzen. In dieser – neunten – Form der Dialogverweigerung werden belastende Fakten nicht zur Kenntnis genommen, sondern durch den *Lobpreis der eigenen Wohltaten* verdrängt. Kritik an den Geschäftspraktiken von Nestlé in Kolumbien brach Brabeck die Spitze, indem er das Gratulationsschreiben der Regierung zum 60jährigen Bestehen seiner Firma im Land verlas. Hat die kolumbische Regierung nicht auch Pablo Escobar gedankt, als dieser Universitäten sponserte, fragte jemand aus dem Publikum? Aber bitte schön, wie kann man nur Nestlé mit der Drogenmafia in Verbindung bringen? Brabeck pries die Wohltaten seines Konzerns: Hat Nestlé in Kolumbien nicht 4800 Milchbauern angesiedelt und ihnen damit eine Alternative zum Kokainanbau angeboten? Auch der lösliche Kaffee wird im Land selber hergestellt, damit es mehr von der Wertschöpfung bekommt. Nicht diskutiert wurden die aggressiven Werbekampagnen für künstliche Pulvermilch zum Schaden der Säuglinge, die Beschlagnahme des öffentlichen Gutes Wasser für den enorm expandierenden Flaschenwassermarkt, die Verarmung der Bauern wegen Preisdumping für landwirtschaftliche Produkte oder die Zerschlagung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

Noch andere CEOs erhielten ein „open forum“ für *ungehinderte Propaganda*. Claude Hauser z.B. rühmte beim Panel über Konsument/innen-Macht die Migros, sie hätten die Löhne angehoben (von der 3000-Franken-Kampagne der Gewerkschaften und dem zusätzlichen Druck des Fernsehens war nicht die Rede), aber auch Bioprodukte und Fairen Handel initiiert (um das Feld nicht Coop zu überlassen – sagte er natürlich nicht). Auch das Tsunami-Panel brachte die Wohltätigkeitsagenturen der WEF-Multis nur einmal in Verlegenheit, als gefragt wurde, wie es sich mit der Ethik von Unternehmungen verhalte, die einer Bevölkerung helfen, die sie sonst durch Steuervermeidung schädigen. Sogar der entwicklungspolitisch versierte Markus Mugglin liess ihnen die Ausrede durchgehen, dass Steuerflucht nur aus Ländern mit einem nicht funktionierendem Staat und fehlenden Eigentumsrechten stattfinde. Wie steht es denn mit den Offshore-Konstruktionen, die Streuersubstrat aus allen Länder abziehen? Warum figuriert Steuerhinterziehung nicht auch unter der WEF-Initiative gegen Korruption?

3. Gesprächsthemen und Gesprächsleitung

Von der Dialogverweigerung zu unterscheiden ist die *Dialogverhinderung*. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten: 1. Man wähle so viele Themen, dass alle nur angezapft, aber nicht vertieft werden können. 2. Man setze sieben bis acht „kompetente“ Teilnehmer/innen auf die Podien; bis sie alle ihre Eingangsstatements abgegeben und vielleicht noch eine erste Rückfrage beantwortet haben, ist die Hälfte der Zeit um, das Publikum stellt Fragen, eine strukturierte Diskussion wird erst recht unmöglich. 3. Man engagiere Moderator/innen, die in erster Linie gewandt und nicht sachkundig sein müssen, und man hat die beste Gewähr, dass die relevanten Fragen verpasst werden.

Die Veranstalter des OF wählten gleich alle drei Varianten der Dialogverhinderung. Da es nicht Absicht war, muss es Dilettantismus, Zeitmangel bei der Vorbereitung, fehlende Absprache usw. gewesen sein.

Ad 1: Als „das grosse Zappen durch die Weltprobleme“ hat Gerhard Schwarz, Wirtschaftsredaktor der NZZ, das WEF 2005 charakterisiert (NZZ 29./30.01.05). So ähnlich hat sich auch das OF 2005 dargestellt: von allem etwas und nichts wirklich fundiert (von den „Informationsveranstaltungen“ abgesehen). Das *Zappen durch die grossen Probleme* war aber nicht nur das Ärgernis der einzelnen kontradiktorischen Podien. Auch die Themenpalette über die acht Veranstaltungen war viel zu breit. Selbst der „Tsunami“ musste noch hineingequetscht werden, ohne dass damit ein Erkenntnisgewinn verbunden gewesen wäre – ausser dem Staunen über die internationalen Firmen, die sich an Wohltätigkeit fast so überbieten wie an „Steuroptimierung“.

Die Veranstaltungen hätten auf ein *Grundthema* wie „Menschenrechte“, „Unternehmensethik“ oder „Globalisierung der Gerechtigkeit“ fokussiert werden müssen. Der Versuch, alle Panels unter das Rahmenthema zu stellen: „Wann ist wirtschaftliches Handeln ethisch?“ entsprach zwar diesem Anliegen, wurde aber nicht durchgehalten. Was „Ethik“ mit Wirtschaft überhaupt zu tun habe, wurde nie systematisch und fundiert beantwortet. Folglich gab es auch keine einigermaßen einheitliche oder doch klare Fragestellung, die den roten Faden durch die verschiedenen Themen hätte bilden können.

Ad 2: Podien, die vom Thema und von der Zusammensetzung her kontrovers angelegt sind, sollten die *Zahl von vier Teilnehmer/innen* nicht übersteigen. Sieben bis acht Leute auf dem Podium (den Moderator nicht eingerechnet) verunmöglichen jede gute Diskussion. Bis alle ihr Eingangsvotum abgegeben und vielleicht noch eine Zusatzfrage beantwortet haben, ist die Hälfte der Zeit verstrichen. Das Podium wird für das Publikum „geöffnet“, und es beginnt die Beliebigkeit der Fragen und noch mehr der Antworten. Wer auf dem Podium sitzt, beantwortet ohnehin nur die Fragen, auf die er eingehen will. Er oder sie hat auch die Macht, Fragen zu beantworten, die gar nicht gestellt wurden. Jeder und jede sagen nur etwas zu einem Bereich, in dem sie sich stark fühlen, halten ihre Monologe, gehen auf allfällige Kritik nicht ein oder biegen sie nach eigenem Gusto zurecht. Die kritischen Fragen werden umformuliert, oft auch polemisch überzeichnet, so dass die Antwort leicht fällt.

Ad 3: Auch ein noch so guter Moderator ist überfordert, wenn er sieben bis acht Leuten auf dem Podium eine minimale Gesprächsdisziplin abverlangen soll. Die *Moderatorinnen und Moderatoren* waren allesamt gewandt, aber gerade bei den kontradiktorischen Panels *zu wenig mit der Sache vertraut*. *Reto Brennwald* schien noch am ehesten die verkappte Dialogverweigerung auf dem ersten Panel zu spüren, aber Unternehmensethik und Menschenrechte sind nun einmal nicht sein „Gebiet“. *Jim Bittermann* war bestenfalls ein Stichwortgeber, getrimmt auf Show und Infotainment, der die gewünschten Reflexe auf dem Podium über die USA auslöste, aber keiner, der die Dialogverweigerung auch nur gespürt hätte. *Markus Mugglin*

wirkte auf dem Tsunami-Podium wenig präsent. Ob das damit zusammenhing, dass er als einziger auf diesem Podium Deutsch und nicht Englisch sprach? Sein entwicklungspolitisches Wissen hätte ihn legitimiert, die abgehobene Selbstdarstellung der von den Multis gesponserten Hilfswerke zu „erden“. *Roger de Weck* hat beim Panel über die Schweiz zwar kluge Fragen gestellt, aber die substanzlosen und selbstgefälligen Antworten einfach dahin plätschern lassen. Er versäumte es, die Couchepinschen Sprechblasen aufzustechen. Er stoppte auch den Herrn Brabeck nicht, als dieser auf Setri Nyomi nicht im geringsten einging, die kolumbische Regierung als Referenz für Nestlé zitierte, nur die Wohltaten seiner Firma aufzählte und keine Fehler zugab. Ein gut vorbereiteter Frageraster gewährleistet noch keine gut geführte Diskussion. Diese Veranstaltung war der Tiefpunkt des OF, und erst noch der am meisten applaudierte... Für *Urs Leuthard* gilt dasselbe wie für seinen Kollegen Brennwald: Ein kurzes Briefing über „Accra“ vor der Veranstaltung ersetzt nicht die fehlende wirtschaftsethische Kompetenz.

Die *gelungenen Panels* waren nicht die kontrovers angelegten Podien, sondern die „*Informationsveranstaltungen*“ – wie ich sie nenne – über Kinderrechte („Braucht es eine Revolution für Kinder?“, Mikrokredite („Unternehmertum: Der Schlüssel zur Entwicklung?“) und allenfalls noch Verbraucher/innen-Macht („Aktionäre und Konsument/innen: Welche Macht haben sie wirklich?“). Wo es nicht um kontroverse, sondern um sich ergänzende Aussagen geht, spielt auch die Zahl der Teilnehmenden auf dem Podium eine untergeordnete Rolle. „Unternehmertum: Der Schlüssel zur Entwicklung?“ war die beste, informativste und ermutigendste Veranstaltung.

Zwei dieser „Informationsveranstaltungen“ waren auch fachlich kompetent geleitet. *Peter Breye* hat beim Panel über Kinderrechte das Wort zwar über Gebühr an sich gerissen, was aber insofern nicht stören musste, als er damit nicht in ein kontroverses Thema eingriff. Hervorragend war die Moderation von *Ernst A. Brugger* über Mikrokredite. Wenn er selbst einen thematischen Beitrag leistete, dann sparsam, gezielt und im Bewusstsein einer kleinen Grenzüberschreitung, für die er sich entschuldigte. Nicht so überzeugend war *Sally Bundock*, als es darum gegangen wäre, die Frage nach der Verbraucher/innen-Macht zu vertiefen.

4. Legitimation und Profit

Wem hat das OF zu Legitimation verholfen? Wer hat davon „profitiert“. Die Fragestellung wird überlagert durch einen „*Jahrmarkt der Eitelkeiten*“, wie er WEF und OF gemeinsam ist. Es gilt dann schon als Erfolg, wenn wichtige Global Players sich vor zahlreichem Publikum „der Diskussion stellen“. Sich in ihrem und dazu noch etwas bundesrätlichem Glanz zu sonnen, kann auch für Kirchenmenschen zur Versuchung werden.

Im bereits erwähnten Communiqué wird Christoph Stückelberger mit den Worten zitiert: „Viele Reaktionen von Teilnehmenden bestätigen, dass der direkte Dialog mit Entscheidungsträgern zur Schärfung ihres Problembewusstseins beiträgt. Konkrete Lösungsvorschläge sollen auch nach dem Open Forum weiter verfolgt werden.“ Ähnlich ist der eingangs zitierte Thomas Wipf laut diesem Communiqué vom Gelingen des OF dank einem „kritischen Dialog mit der Öffentlichkeit“ überzeugt. Wer so redet, erweckt den Anschein, als habe eine sinnvolle Auseinandersetzung mit „Entscheidungsträgern“ stattgefunden. Er übersieht die Sprachspiele, mit denen die Entscheidungsträger auf den Podien sich dem Dialog gerade entzogen haben.

Damit aber ist die Rechnung der grossen „Entscheidungsträger“ voll aufgegangen. Das OF wurde für sie eine *grandiose PR-Aktion*, und das erst noch mit dem „Segen der Kirche“. Die „Global Players“ geben sich dialogbereit, menschlich, guten Willens, auch wenn dieser oft nicht durchsetzbar ist. Wenn die Ethik zu kurz kommt, sind nicht sie schuld, sondern die Staaten, die ihnen nicht die gewünschten „Rahmenbedingungen“ zur Verfügung stellen, insbesondere keine Eigentumsrechte garantieren. Und im übrigen gilt (ausser für Brabeck): „Wir alle machen Fehler.“

Das Nachsehen haben die *kirchlichen Veranstalter*. Ihre Botschaft wurde nicht gehört. Schlimmer noch: Sie schienen gar keine zu haben. Sie *wurden Zuhörer der WEF-Strategen*, die sich mit dem OF möglichst „bürgernah“ verkaufen möchten. Die kirchliche Trägerschaft hat das OF in den Augen der Öffentlichkeit glaubwürdig und sein Angebot „niederschwellig“ gemacht. Aber letztlich ist es doch nur eine „Beibootveranstaltung“ (Mathias Herfeldt nach dem OF 2004) des WEF. Die am WEF versammelten Konzernleitungen können am OF ihre Wohltaten preisen und sich von ihren besten Seiten zeigen. So wissen wir jetzt z.B., dass Nestlé die mit dem Regierungssiegel approbierte Wohltäterin Kolumbiens ist.

Das Nachsehen haben die *Armen dieser Welt*, deren Schrei im Saal des OF nicht oder zu wenig gehört wurde.

2. Teil: Bedingungen für ein sinnvolles Open Forum

1. Zachäus und das WEF

Es gibt gute Gründe, an einem Dialog mit den in Davos versammelten Entscheidungsträgern zu zweifeln und das OF als deren PR-Veranstaltung abzulehnen. Macht sich die Kirche nicht mitschuldig am globalen Elend, wenn sie mit den *globalen Verursachern dieses Elends* gemeinsame Sache macht, und sei es auch nur durch eine gemeinsame Veranstaltungsreihe wie das OF? Die Frage ist klar zu bejahen, wenn die Kirche so „zurückhaltend“ auftritt, wie das in der letzten Januarwoche in Davos geschehen ist.

Aber grundsätzlich muss die Kirche das Gespräch mit der sog. Wirtschaft – auch mit der am WEF versammelten – suchen. Natürlich nicht, um mit den Wölfen zu heulen, sondern weil sie eine Botschaft hat, die alle Menschen erreichen und niemanden ausschliessen will. Zachäus-Konversionen sind zwar selten, aber nie ganz auszuschliessen: „Herr, die Hälfte meines Vermögens will ich den Armen geben, und wenn ich von jemand zu viel gefordert habe, gebe ich ihm das Vierfache zurück“ (Lk 19,9). Die Botschaft der Kirche hat viel mit der Option für die Armen und der Delegitimation von ungerechtem, aber durchaus „legalem“ Reichtum zu tun. Das muss die Kirche gelegen oder ungelegen auch im Umgang mit CEOs von Weltkonzernen sagen (können).

Und gibt es nicht Anzeichen für ein *Umdenken am WEF*, sodass Gerhard Schwarz sich „stellenweise wie im falschen Film“ wähnte, „so viel“ sei „von Solidarität und Hilfe, vor allem für Afrika, und ganz allgemein von der Verbesserung der Welt die Rede“ gewesen. Alles nur „eine Art sonntägliches Selbstanklageritual“ (NZZ 29./30.01.05)? Financial Times spottet: „Wenn die Probleme der Dritten Welt durch Reden gelöst werden könnten, würde Schwarzafrika inzwischen wie Manhattan aussehen“ (27.0.05). Dass wir nicht in der besten aller Welten leben und der Markt nicht alles richtet, scheint sich doch immerhin in einigen WEF-Köpfen festzusetzen. Auch am OF sind interessante, vielleicht sogar überzeugende Unternehmer-Persönlichkeiten aufgetreten, von denen ich annehme, dass sie ebenfalls vom WEF her kamen: Robin Cornelius von Switcher SA und Orin C. Smith von Starbucks

Coffee. Auch mit Arthur Vayloyan von CS und Peter Athanassaglou von Ernst & Young hätte sich eine vertiefte(re) Auseinandersetzung über Mikrokredite bzw. das Ziel unternehmerischer Tätigkeit vielleicht gelohnt. Und dann gäbe es Politiker/innen, die erwähnenswerter wären als die am OF anwesenden Bundesräte: die Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai, die am WEF „viel von Solidarität gehört“ haben will, aber auch Trevor Manuel und Mandisi Mpahlwa aus der Regierung Südafrikas, die sich eine globalisierungskritische Sicht aufs WEF bewahrt haben und dennoch den Gang dorthin nicht scheuten.

Die *Tabuisierung aller Gespräche von Kirchenmenschen mit WEF-Leuten* verheddert sich auch in Widersprüche. Wer protestiert, will gehört werden, will die Global Players beeinflussen. Warum soll das nur durch Gegenveranstaltungen möglich sein? Warum nicht die Chance packen, ihnen „ins Angesicht“ zu widerstehen? Kommt hinzu, dass an reinen Gegenveranstaltungen linke Identifikationsfiguren auftreten, die gegenüber dem WEF keine Berührungspunkte kennen: Lula, der am WEF und am Weltsozialforum in Porto Alegre auftrat, Mary Robinson und Noreena Hertz, die bei Public Eye je eine Eröffnungsansprache hielten, aber auch das WEF besuchten.³ Auf der anderen Seite fehlten die Fachleute der Erklärung von Bern am OF, dieses wiederum hatte ein Publikum, das Public Eye fehlte. Dass der Publikumspreis bei den „Public Eye Awards“ für unverantwortliche Konzerne an Nestlé ging, war z.B. Thema am OF, aber ohne Erklärung von Bern wurde es Brabeck zu leicht gemacht, darauf nicht einzugehen.

Es spricht auch nichts dagegen, dass die Veranstaltungen des OF *zeitgleich* mit dem WEF und *am selben Ort* wie das WEF stattfinden. Wie anders könnte es sonst möglich sein, CEOs und wichtige Politiker/innen auf ein solches Podium zu bringen und mit der Botschaft der Kirche zu konfrontieren? Ich habe auch Verständnis für Christoph Stückelbergers Argumentation: „In einer medialen Gesellschaft gehört zur Strategie für ein nachhaltiges, menschenfreundliches Wirtschaften die Notwendigkeit, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Es gehört zu den frustrierenden Erfahrungen, dass sich für hochqualifizierte Symposien von BFA in Bern kaum Medien interessieren und man nur mit einem speziellen Stargast eine Minute Tagesschau ergattern kann, während Medienschaffende zu Tausenden in Davos sind und dabei auch über das Open Forum berichten. 2004 wurden die Podien des Open Forum im Schweizer Fernsehen stundenlang übertragen. Medienpräsenz für die eigenen Anliegen dort zu nutzen, wo sie möglich ist, ist legitim und notwendig, wenn Veränderung geschehen soll.“⁴

Auch Thomas Wipf hat recht, wenn er in seinem Schlusswort sagt: „Einander zuhören ist kein Verrat an der eigenen Überzeugung, aber der Anfang die Probleme zu lösen.“ Nur eben: Die „eigene Überzeugung“ sollte transparent gemacht, der Dialog mit anderen „Überzeugungen“ geführt und dann erst noch der Wille und die Kapazität zur Problemlösung sichergestellt werden.

2. Kriterien der Dialogizität

³ „Aber wir brauchen auch das WEF; zum Beispiel um in der Welt die von der Uno im Jahr 2000 verabschiedeten entwicklungspolitischen Millenniumsziele in der Welt bekannt zu machen“, sagt Mary Robinson laut NZZ vom 27.01.05. In der Handelszeitung vom 02.02.05 sieht Noreena Hertz in ihren WEF-Auftritten eine „fantastische Gelegenheit, vor Menschen, die die Macht haben, die Welt zu verändern, von Angesicht zu Angesicht über die Notwendigkeit institutionalisierter Kontrollen für Multis und die mangelnden Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zu sprechen“. Übrigens zitiert der Sonntagsblick am 30.01.05 auch Ruth Dreifuss mit dem Wort, dass das WEF „eine gute Sache“ sei.

⁴ Dialog als Teil einer Gesamtstrategie, in: NW 12/04, S. 364.

Und das wären die Bedingungen oder Voraussetzungen, unter denen ein von Kirche und WEF gemeinsam veranstaltetes OF in Zukunft sinnvoll sein könnte:

1. *Rahmenthema:* Zuerst müssen sich die Veranstalter wie üblich auf ein Rahmenthema einigen.
2. *Botschaft:* Beide Seiten legen dar, warum ihnen dieses Thema wichtig ist und welche Botschaft sie damit verbinden. Von der kirchlichen Seite ist zu erwarten, dass sie diese Botschaft schriftlich darlegt bzw. auf verbindliche Texte wie „Accra“ oder das „Wort der Kirchen“ verweist und sich dahinter stellt.
3. *Inhaltliche Vorbereitung:* Zur Vorbereitung gehört eine analytische und (sozial)ethische Begrifflichkeit, die es erlaubt, auf präzise Fragen mehr als nur ausweichende Antworten zu erwarten. Beide Seiten verfassen – einvernehmlich oder kontrovers – entsprechende Arbeitspapiere. Sie sind den Teilnehmenden auf den Podien vorgängig auszuhändigen und auch dem Publikum zugänglich zu machen.
4. *Gesprächsthemen:* Die Thematik der einzelnen Veranstaltungen sollte genau auf das Rahmenthema abgestimmt und als dessen Konkretisierung deutlich werden. Die Begriffe und Werte, um die es bei solchen Panels geht, müssten vorgängig definiert und erläutert werden.
5. *Präsenz der Kirche:* Die Seite der Kirche ist auf allen kontroversen Podien – klar deklariert – vertreten. Sachkompetenz und Engagement für die „Sache“ sind selbstverständlich. Jedes derartige Podium muss als Dialog zwischen „Kirche und Welt“ verstanden werden. Die Kirche wird sich überlegen müssen, wie sehr sie mit dem System verhängt ist, das sie vom Evangelium her ablehnt. Das gilt z.B. auch für die Frage, wie und wo die Kirche ihr Geld anlegt.
6. *Spiritualität:* Kirche hat deutlich zu machen, dass Wirtschaftsgespräche immer auch Glaubensgespräche sind. Bibelarbeit und Meditation gehörten zu einer solchen Veranstaltung. Auch wenn Spiritualität nie Mittel zum Zweck sein darf, so ist doch unverkennbar, dass die wirtschaftsethische Botschaft der Kirche ernster genommen wird, wenn diese die „Fülle des Lebens“ nicht nur einklagt, sondern auch im Glauben bezeugt, lebt und feiert.
7. *Sachverstand:* Wenn am OF ein Konzern vertreten ist, dem erhebliche Vorwürfe gemacht werden – wie Ausbeutung von Arbeitskräften und Gewerkschaftsfeindlichkeit, Plünderung natürlicher Ressourcen, Schaffung von Abhängigkeitsverhältnissen durch Preisdumping usw. – , dann muss bei den Veranstaltern Klarheit über die Berechtigung dieser Kritik bestehen, dann muss zumindest eine Fachperson dabei sein, die solche Vorwürfe belegen kann, dann darf es auf gar keinen Fall sein, dass ein solcher Konzern sich faktenwidrig als Wohltäter in Szene setzt.
8. *Keine Fluchtwege:* Damit kontroverse Fragen ausdiskutiert werden können, müssen die Podien so zusammengesetzt sein, dass sie möglichst wenig Fluchtwege zulassen. CEOs und Politiker/innen sind mit Fachpersonen zu konfrontieren, die Sprechblasen zum Platzen bringen (Jean Ziegler versus Peter Brabeck, Peter Ulrich versus Couchevin, Ulrich Duchrow versus Deiss, Noreena Hertz versus Lord

Browne of Adingley oder Mary Robinson versus Gary Steel usw.). Die Zahl der Podiumsteilnehmer/innen ist auf höchstens vier zu begrenzen, und der Moderator oder die Moderatorin müssen vom Thema etwas verstehen. Von der Forderung, dass im Schnitt wenigstens die Hälfte der Teilnehmenden Frauen sein sollten, dürfen nur Konzerne abweichen, die noch keine Frauenförderung kennen und das auch selbstkritisch einräumen...

9. *Informationsveranstaltungen*: Daneben darf es weiterhin Informationsveranstaltungen geben, die auch Kundgebungscharakter haben können, dabei wegweisend und hoffnungstiftend sein sollen.
10. *Spurgruppe*: Die kirchliche Seite sollte sich durch eine basisnahe Arbeitsgruppe, in der auch WEF- und OF-Kritiker/innen mit dabei sind, beraten und begleiten lassen.

Die Frage ist, ob sich das WEF auf solche Diskursregeln einlassen würde und welche CEOs, wenn überhaupt, sich ihnen auf den Podien unterziehen wollten. Der Versuch müsste gemacht werden. Sonst wäre dem SEK und BFA dringend zu empfehlen, um der eigenen Glaubwürdigkeit willen die Übung abzubrechen.

Zürich, 18. Februar 2005

Willy Spieler